**7% auf Speisen müssen bleiben**

Sehr geehrter Herr / Frau …

Am 1. Dezember werden Sie als Abgeordneter des deutschen Bundestages über den Bundeshaushalt 2024 beraten und beschließen.

Nach den Berichterstattungen zum Ende der vergangenen Woche soll nach dem Votum der „Haushälter“ der Ampelkoalition die Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie zum 1.1.2024 nun doch von 7 auf 19% erhöht werden. Obwohl zwei Tage vorher öffentlich gemacht wurde, dass sich alle drei Koalitionspartner auf die Verlängerung der reduzierten Mehrwertsteuer auf Speisen verständigt haben und die Finanzierung stehe. Die seit gestern kursierenden gegenseitigen Schuldzuweisungen aller drei Partner belegen, dass es diese Einigung tatsächlich gegeben hat.

Die Kehrtwendung im unmittelbaren Nachgang zur Bekanntgabe des Urteils des Bundesverfassungsgerichts ist weder nachvollziehbar noch gerecht und führt auch nicht zu den erhofften Mehreinnahmen an Steuern.

Eine solche Steuererhöhung hätte vielmehr mannigfaltige fatale Folgen für die Gastgewerbebranche; bundesweit würden

1. 12.000 - 15.000 Betriebe schließen, die dann überhaupt keine Steuern mehr zahlen
2. 75.000 - 100.000 Arbeitsplätzen wegfallen

Allein diese beiden unmittelbaren Folgen würden dem Bundeshaushalt jährliche Einnahmeausfälle und zusätzliche Kosten von 3 Mrd. Euro bescheren.

Mindestens genauso verheerend sind die Auswirkungen für den Zusammenhalt der Gesellschaft, wenn nach den Corona bedingten Betriebsschließungen noch mehr öffentliche Wohnzimmer wegfallen werden. Sie sind vielerorts die einzige Möglichkeit sich im öffentlichen Raum zu treffen und daher der „soziale Kitt“, der die Gesellschaft zusammenhält. Dies würde unser Bundesland vor allem im ländlichen Raum besonders hart treffen.

Derart fatalen Folgen können bei der Entscheidung über den Bundeshaushalt nicht unberücksichtigt bleiben und führen gerade eben nicht zu einer Entlastung, sondern zu einer Mehrbelastung für den Bundeshaushalt, die Haushalte der Länder und auch Kommunen.

Apropos Belastung: die Gastgewerbebranche ist in gleichem Maße wie jeder Bürger von den gestiegenen Energiepreisen belastet. Für die Industrie ist eine Unterstützung beim Strompreis geplant. Für unsere Betriebe sind solche Entlastungen nicht vorgesehen.

Bitte bedenken Sie: die Erhöhung der Mehrwertsteuer belastet am Ende des Tages das Portemonnaie unserer Gäste: sie müssten die 12% mehr an Mehrwertsteuer tragen. Viele von unseren Gästen werden sich höhere Preise aber nicht leisten können. Die Folge: ausbleibende Gäste, und somit ausbleibende Umsätze, Einbußen für Mitarbeiter und Lieferanten; ein echter Dominoeffekt.

Wir bitten Sie um Ihre Unterstützung und appellieren an Ihre Verantwortung für unser Land und Ihren Wahlkreis. Verhindern Sie die Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie mit Ihrem Votum im Bundestag am 1.12.2023. Stimmen Sie mit 7% auf Speisen für Steuergerechtigkeit!

Mit immer noch gastfreundlichen Grüßen

Unternehmen:

Wahlkreis

Mitarbeiter

Gäste im Jahr